



Die Grünen Kanton Bern lancieren eine Initiative gegen Erdgasförderung im Kanton Bern

Stopp Fracking

Die Debatte um die Förderung unkonventionellen Erdgases hat auch die Schweiz erreicht. Die dabei angewandte Methode, das Fracking, bei dem Unmengen an Wasser und giftige Chemikalien in den Boden gepumpt werden, führt zu grossen Umweltschäden und torpediert die nachhaltige Energiewende. Die Grünen Kanton Bern lancieren eine Initiative, um diesen neuen Raubbau zu verhindern.



«Fracking» (von Hydraulic Fracturing) ist eine Methode zur Förderung von Erdgas und Erdöl, das im Gegensatz zu konventionellen Vorkommen in tieferen Gesteinsschichten lagert. Was unverdächtig klingen mag, ist in Tat und Wahrheit eine äusserst umweltgefährdende Technologie: Beim Fracking werden mit jeder Tiefbohrung ein giftiger Chemikalien-Cocktail, Millionen Liter Süswasser und Quarzsand in den Boden gepumpt. Fracking hat insbesondere in den USA zu einem regelrechten Förderboom geführt. Nun hoffen ausländische Firmen auch in der Schweiz auf das grosse Geschäft.

Fracking gefährdet Trinkwasserversorgung

Fracking führt zu grossen Umweltbelastungen: Bei den Bohrungen werden toxische Schlämme gebildet, die das Grundwasser, oberirdische Gewässer, den Boden und die Luft verschmutzen. Verschiedene amerikanische Studien kommen zum Schluss, dass die Trinkwasserqualität im Umfeld von Fracking-Anlagen schlechter ist als anderswo. Besonders problematisch ist, dass in den meisten Fällen nicht bekannt ist, wie sich die verwendeten Chemikalien-Cocktails zusammensetzen.

Das Unterfangen Fracking ist auch in einer

finanziellen Betrachtungsweise alles andere als nachhaltig. Die Förderleistung eines neuen Bohrlochs sinkt schon im ersten Jahr um 30 bis 90 Prozent. Um weiterhin genügend Gewinn zu erzielen, werden immer schneller immer mehr Löcher in den Boden gebohrt, was einen immensen Verschleiss an Kulturland nach sich zieht.

Energiewende vorantreiben

Zurzeit haben im Kanton Bern zwei Konsortien mit ausländischer Beteiligung eine Bewilligung, um nach Erd- und Schiefergas zu suchen. Der sicherste Weg, Umweltschäden durch Fracking zu verhindern, ist der rasche Umstieg auf eine vollständig erneuerbare Energieversorgung. Fracking hingegen verlängert unsere Abhängigkeit von fossilen Ressourcen und heizt das Klima weiter an. An der Delegiertenversammlung vom August wurde darum die Lancierung einer Initiative gegen Erdgasförderung im Kanton Bern beschlossen. Die Grünen wollen beim Fracking nicht plötzlich vor vollendeten Tatsachen stehen und eine Verschandelung unserer Landschaft hinnehmen.

Regula Tschanz,
Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern

Se nourrir sainement



Nos enfants vont à l'école. Actuellement beaucoup d'entre eux ils y sont toute la journée, y déjeunent parfois, y mangent à midi, prennent encore les quatre heures. Mais qu'est-ce qui leur est servi à Bière? Pour beaucoup d'entre eux des repas industriels, réchauffés au steamer, venant de... Bâle.

Les Verts biennois sont convaincus que la ville doit porter une attention particulière à l'alimentation des enfants. C'est pourquoi, une initiative va être lancée en 2013 qui exige que les enfants et les personnes âgées reçoivent dans les structures gérées par la ville une alimentation équilibrée, cuisinée localement, offrant des produits locaux, si possible biologiques.

Claire Magnin,
conseillère de ville, Bière

Inhalt



Seite 2
Regierungsratswahlen 2014



Seite 3
Gesundheits- und soziale Angebote bedroht



Seite 6
Grün denken, regional handeln



Seite 7
Neues Vize-Präsidium

Regierungswahlen 2014

Beruhigung im Reformdschungel

Bernhard Pulver ist seit 2006 Regierungsrat für die Grünen. Nach den Sommerferien hat er bekanntgegeben, dass er 2014 erneut zu den Wahlen antritt. Ein Rückblick auf sieben Jahre als Erziehungsdirektor und ein Ausblick auf die nächsten Ziele.



«Ich habe mich in diesem Sommer entschieden, für eine weitere Legislatur als Regierungsrat zu kandidieren. Es schien mir nach reiflicher Überlegung doch zu früh, nach acht Jahren der Verlockung, wieder etwas anderes zu tun, nachzugeben. Trotz starker Belastung und nicht selten politischem Gegenwind überwiegen das Positive, die erreichten Dinge, die Gestaltungspotenziale und die Freude, die Politik im Kanton Bern mitzugestalten.

Wenn ich einen Rückblick auf die letzten sieben Jahre mache, so stelle ich fest, dass vieles von dem, was ich mir – namentlich in meinem Wahlprogramm 2006 – vorgenommen hatte, realisiert werden konnte. Das hat verschiedene Gründe – ein zentraler Grund war und ist aber die rot-grüne Mehrheit im Regierungsrat.

Freiräume in der Bildung weiterentwickeln

Mit dem Ausbau der Tagesschulen und den flächendeckenden Blockzeiten konnten wir die Volksschule familienfreundlicher gestalten – mit der Revision des Volksschulgesetzes hat Bern hier eine Führungsrolle übernommen. Die beschlossene freiwillige Basisstufe ist eine pädagogische Innovation. Die Lehrstellenkrise ist vergessen – die Anzahl Lehrstellen erreicht jährlich neue Rekordwerte und die Zahl der Jugendlichen ohne Anschlusslösung konnte seit 2007 um 40 Prozent reduziert werden. Im Hochschulbereich konnten wir die Autonomie der Universität, der Fachhochschule und der Pädagogischen Hochschule stärken.

Insgesamt ist es gelungen, eine Beruhigung im Reformdschungel zu erreichen. Anstehende und schon beschlossene Reformen werden sorgfältig umgesetzt. Neue strukturelle Projekte stehen kaum an.



Kandidieren im März 2014 erneut für den Regierungsrat (v.l.n.r.): Philippe Perrenoud (SP), Bernhard Pulver (Grüne), Barbara Egger-Jenzer (SP) und Andreas Rickenbacher (SP)

Als Ziel für die nächsten Jahre möchte ich es der Bildungswelt ermöglichen, dass sich Unterrichtende auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Dazu sollen sie Freiräume behalten und diese bewirtschaften. Im Rahmen eines breiten pädagogischen Dialogs sollen sich die Schulen und die Bildungsinstitutionen von unten weiterentwickeln können. Die Erziehungsdirektion wird dazu Diskussionsplattformen anbieten.

In der Kultur hat die Regierung die von vielen Seiten geforderte Kulturstrategie erarbeitet, das Kulturförderungsgesetz revidiert, die Filmförderung ausgebaut, die Kulturvermittlung gestärkt und mit der Fusion von Symphonie-Orchester und Stadttheater in Bern und Biel wesentliche strukturelle Verbesserungen erreicht. Das Amt für Kultur schreitet mit einer erneuerten Führungscrew in die Zukunft und wird in den nächsten Jahren weitere Akzente setzen.

Lösungsorientierte Politik weiterführen

In der aktuellen Legislatur musste ich mit der Lohn- und der Pensionskassenvorlage grosse, oft belastende Dossiers bewältigen. Nicht überall konnte ich dabei die aus Sicht der Regierung richtige Lösung erreichen. Gute Anstellungsbedingungen bleiben aber ein zentrales strategisches Ziel, und ich darf mit Freude feststellen, dass der finanzielle Spielraum erarbeitet wurde, um in den nächsten Jahren den nötigen Gehaltsaufstieg zu finanzieren.

Persönlich bedauere ich die Verhärtung in der politischen Diskussion. Mein Ziel ist und bleibt, zu einer lösungsorientierten Politik beizutragen und mit dieser Art Politik eine zentrale Achse meines Wahlprogramms 2006 umzusetzen.»

Bernhard Pulver, Regierungsrat, Erziehungsdirektor des Kantons Bern

Gemeinsam für einen starken Kanton Bern



Am 30. März 2014 werden im Kanton Bern der Regierungsrat und der Grosse Rat neu gewählt. Im Regierungsrat besteht seit dem Jahr 2006 eine rot-grüne Mehrheit. Trotz schwierigen Rahmenbedingungen – Finanzlage, erdrückende bürgerliche Oppositionspolitik im Grossen Rat – konnte der rot-grüne Regierungsrat wichtige Verbesserungen erreichen.

Die Grünen wollen alles dafür tun, um neben der Verteidigung des Mandats von Bernhard Pulver auch die Regierungsmehrheit zu erhalten. Der Kanton Bern steht vor grossen Herausforderungen: Energiewende, Gesundheitspolitik, Raumplanung sowie Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung sind einige Stichworte. Um hier voranzukommen, braucht es ein Miteinander statt eines Gegeneinanders. Es braucht Sachpolitik statt

ideologischer Reinheit. Genau für diese Eigenschaften stehen Bernhard Pulver und seine SP-Regierungspartner.

Gemeinsam wollen wir die Wahlen 2014 gewinnen – gemeinsam für einen starken Kanton Bern! Dabei sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen.

Christine Häslar, Fraktionspräsidentin, Grossrätin Grüne

Das Sparpaket «Angebots- und Strukturüberprüfung» führt zu massivem Leistungsabbau

Gesundheits- und soziale Angebote bedroht

Die Folgen der Steuersenkungspolitik im Kanton Bern werden immer beängstigender. Im November wird der Grosse Rat über das Sparpaket ASP beraten, welches die Kantonsrechnung ab 2014 um 231 Mio. Franken und ab 2016 um über 400 Mio. Franken entlasten soll. Vom Leistungsabbau sind besonders Menschen mit einem Betreuungs- und Pflegebedarf betroffen: Ganze 56 Prozent der Massnahmen entfallen auf den Gesundheits- und Sozialbereich.



Für die Grünen ist klar, dass die Politik der leeren Kassen – zuerst nicht finanzierte Steuersenkungen, anschliessend massive Sparpakete – zu einer nachhaltigen Schwächung des Kantons Bern führt und den politischen und sozialen Zusammenhalt gefährdet. Viele Massnahmen werden zudem zu blossen Kostenverlagerungen in die Sozialhilfe führen und damit keine nachhaltige Einsparung ermöglichen. Die Grünen werden viele Massnahmen deshalb nicht mittragen können.

Worum geht es im Sparpaket? Insgesamt schlägt der Regierungsrat über 80 Massnahmen vor, welche zu einem Abbau von über 600 Stellen führen. Ganz besonders betroffen sind der Gesundheits- und der Sozialbereich. So will der Regierungsrat bei den Institutionen für erwachsene Behinderte einen Abbau von 15,7 (2014) bzw. von 28,7 Mio. Franken (ab 2015) vornehmen. Dieser Abbau ist umso unverständlicher, als sich der Kanton verpflichtet hat, die Umstellung auf die Subjektfinanzierung nicht zulasten der Menschen mit einer Behinderung umzusetzen; diese Absichtserklärung verkommt mit der Sparmassnahme zur Leerfloskel.

Bei der Suchthilfe will der Regierungsrat zwei Millionen Franken sparen. Damit werden

die beiden zentralen Präventions- und Schadenminderungspfeiler der 4-Säulen-Politik unterminiert. Es ist keine Frage, dass die eingesparten Kosten innerhalb kürzester Zeit in anderen Kassen wieder anfallen werden. In den drei kantonalen Psychiatriebetrieben sind Einsparungen von 9,1 Mio. Franken und ein Abbau von sechzig Stellen vorgesehen; insbesondere nach dem bereits dieses Jahr erfolgten Abbau von 4,7 Mio. Franken ist dies nicht mehr verantwortbar. Die Kürzungen bei den Ergänzungsleistungen und bei den Verbilligungen für die Krankenkassenprämien treffen breitere Bevölkerungsschichten, namentlich Menschen mit unteren und mittleren Einkommen; sie erschweren die Lebensbedingungen einer Bevölkerungsgruppe, welche auf Unterstützung und nicht auf zusätzliche Hürden angewiesen ist. Schliesslich sollen bei der Spitex mit vier verschiedenen Massnahmen an die 20 Mio. Franken pro Jahr eingespart werden.

Was sagen Betroffene zu diesen Sparmassnahmen? Zwei Institutionen geben einen Einblick in die absehbaren Folgen dieser Sparpolitik (siehe nebenan).

*Blaise Kropf,
Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat*

Werkstatt existenziell bedroht



«Unsere Werkstatt wäre existenziell bedroht, d.h. 170 Menschen mit Behinderung könnten ihren geschützten Arbeitsplatz und damit ihren Lebensinhalt verlieren, weil sie im ersten Arbeitsmarkt definitiv keine Chance hätten. Im Wohnbereich müssten wir aufgrund des drohenden Stellenabbaus auf Spaziergänge, begleitetes Einkaufen oder Ausflüge verzichten.»

*Kathrin Wanner, Geschäftsführerin
Stiftung BWO*

Ohne Versorgungspflicht keine garantierte Grundversorgung



«Das Sparpaket ASP erschüttert die ambulante Grundversorgung, gefährdet die öffentlichen Spitex-Organisationen und damit die Versorgungssicherheit. Die Regierung nimmt damit in Kauf, dass die öffentliche Spitex bis zu 700 Stellen abbauen muss; sie widerruft ihre Strategie «ambulant vor stationär». Bereits 2011 hat die Spitex 24 Prozent sparen müssen. Trotzdem soll die Spitex mit ASP mehr sparen als alle anderen Bereiche der Gesundheitsversorgung – neunmal mehr als andere Anbieter im Gesundheitsbereich!»

*Jürg Schläfli, Geschäftsleiter SPITEX Verband
Kanton Bern*

Summercamp – Pour des vacances enrichissantes

Chaque année, en particulier en été, de nombreux camps sont organisés par diverses organisations de jeunes verts à travers l'Europe. J'ai déjà eu l'occasion de me rendre à plusieurs de ces camps et ne peux que les recommander. Cette année, c'est d'abord à Vienne, avec les jeunes verts européens, puis à Salzbourg, avec ceux d'Allemagne et d'Autriche, que j'ai eu l'occasion de vivre des expériences exceptionnelles. Ces camps permettent non seulement de se faire des

amis et de s'amuser, mais également d'avoir des discussions passionnantes et d'apprendre beaucoup de choses sur des sujets de société et politiques, ainsi que sur l'organisation des groupes politiques dans les autres pays. Les connaissances acquises et les expériences vécues peuvent être très utiles pour le développement et la résolution de problèmes dans les organisations locales. Tandis que les personnes rencontrées, parmi lesquelles beaucoup ont

déjà une expérience considérable, peuvent être une aide précieuse lorsque de nouveaux problèmes surgissent. Le fait que le mouvement écologique soit global souligne la grande importance de la solidarité et de la communication internationales. En effet, nous devons nous unir face à la crise écologique, car ce n'est qu'ainsi que nous aurons une chance d'en venir à bout. Enfin, le fait de passer une semaine dans une ambiance toujours exceptionnelle avec

des personnes engagées pour les mêmes idéaux que nous, permet de se remotiver et d'avoir l'énergie nécessaire pour les défis à venir. Donc: Si vous avez l'occasion de participer à un camp international de jeunes verts: Saisissez-la! Profitez-en! Et faites nous profiter des expériences que vous aurez vécues à votre retour!

*Patrice Gfeller,
Les Verts du Jura bernois*

Junge Grüne unterstützen Thuner Initiative für bezahlbare und demokratisch kontrollierte Altersheime

Wohnen im Alter

In der Stadt Thun haben linke Parteien und Gewerkschaften eine Initiative zur Rettung der Thuner Altersheime lanciert. Die Jungen Grünen sind an vorderster Front mit dabei.



Thuns Betagte sind am Baden. Sie baden einen gravierenden Fehler aus, den die Stadt 2007 gemacht hat. Damals sind die städtischen Altersheime den LiberalisierungsneurotikerInnen zum Opfer gefallen. Man hat sie – wie 1997 schon die städtischen Verkehrsbetrie-

be – ausgegliedert. 2009 wollte die Stadt die städtische Energie Thun an die BKW verkaufen. Diesen Schritt hat das Stimmvolk glücklicherweise mit über 84 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Zurück zu den Thuner Altersheimen: Seit ihrer Ausgliederung häufen sich die Negativschlagzeilen über den Betreiber, die WIA (Wohnen im Alter). Als Anfang 2013 die Gespräche zwischen der Unia und den Angestellten, die sich gegen die unterdurchschnittlichen Arbeitsbedingungen wehrten, von der Firmenleitung abgebrochen wurden, drohte das Fass überzulaufen.

Würdigen Lebensabend sichern

Die Stadt Thun und die Bevölkerung können heute keinen direkten Einfluss mehr auf ihre ehemaligen Altersheime nehmen. Eine links-grüne Allianz, welcher auch die Jungen Grünen und die Grünen angehören, haben darum eine Initiative lanciert. Die Stadt soll darum bemüht sein, wieder in Eigenregie – und somit unter Gewähr der demokratischen Kontrolle über die Geschäfte – Altersheime betreiben zu können. Die InitiantInnen fordern, dass sich die Stadt entweder für eine Rückführung der WIA-Altersheime in die städtischen

Strukturen oder alternativ für ein ergänzendes städtisches Altersheimangebot einsetzt. Die Initiative würde für beides die Grundlage schaffen. Für die Jungen Grünen ist die Alterspflege Teil des Service Public, der allen zur Verfügung stehen soll und unter keinen Umständen der Profitmaximierung dienen darf. Sparen bei der Betreuung, bei der Pflege, bei der medizinischen Versorgung und bei den Anstellungsbedingungen des Personals gefährdet ein menschenwürdiges Leben im Alter. Alte Menschen sind keine Ware. Und vergessen wir nicht: Auch wir werden einmal alt!

Weitere Infos und
Unterschriftenbogen:
www.altersheimeretten.ch

*Roman Gugger,
Co-Präsident Initiativkomitee,
Co-Präsident Junge Grüne
Kanton Bern*



Junge gestalten (Könizer) Zukunft mit



Zum ersten Mal treten die Jungen Grünen in Köniz zu den Gemeinderatswahlen und mit einer eigenen Liste zu den Parlamentswahlen an. Als Junge Grüne verpflichten wir uns den Anliegen der Jungen, welche an einer nachhaltigen und gesunden Zukunft interessiert sind. Wir müssen noch heute neue Pfade einschlagen, denn die alten enden nach und nach in einer Sackgasse. Wir setzen uns dafür ein, einen nachhaltigen

Lebensstil zu pflegen. Dies muss nämlich nicht mit Verzicht und Einschränkungen verbunden sein. Weiter wollen wir uns dafür engagieren, dass die Kinder und Jugendlichen in Zukunft wieder vermehrt zu Fuss, mit dem Trotti oder mit dem Fahrrad zu Schule gehen. Denn der Schulweg stellt einen wichtigen Teil der Sozialisation dar. Auch möchten wir das Thema «Abfalltrennung und Recycling» aufgreifen und die Jungen dafür sensibilisieren. Wir setzen auf die Mitarbeit der jungen Menschen –

auf freiwilliger Basis. So tragen sie schon in jungen Jahren aktiv zu einer gesunden Natur und einem verantwortungsvollen Zusammenleben bei.

Mit dem «Urban Gardening» (Begrünung der Städte) streben wir eine farbenfrohe Pflanzenvielfalt in unserer Gemeinde an. Für uns ist das eine super Methode, um graue Plätze zu beleben und um Köniz noch freundlicher zu gestalten.

*Lara Saxenhofer, Junge Grüne Köniz,
Kandidatin Gemeinderat*

Breites Komitee hat Thuner Städte-Initiative lanciert

Weniger Lärm, mehr Lebensqualität

Am 16. August hat ein überparteiliches Komitee in Thun die Städte-Initiative lanciert, welche die Förderung des Fuss-, Velo- und des öffentlichen Verkehrs zum Ziel hat. Was im Jahr 2008 unter der Federführung von «umverkehR» begonnen und in den sechs Städten St. Gallen, Winterthur, Zürich, Luzern, Basel und Genf bereits zu einer gesetzlichen Verankerung der Förderung von umweltfreundlicher Mobilität geführt hat, soll nun in Thun fortgesetzt werden.



Thun, die einstige Velostadt, hat bei der Verkehrsplanung in den letzten Jahrzehnten voll auf die Karte Auto gesetzt. Obschon das Agglomerationsprogramm des Bundes auch Massnahmen für den Langsamverkehr vorsieht, floss das Geld primär in den motorisierten Individualverkehr. 10 Millionen für den Ausbau der Weststrasse auf vier Spuren oder der ByPass Thun Nord, der über 120 Millionen kosten soll, sind Zeugen der verkehrspolitischen Schwerpunkte. Nach den per Volksabstimmung gesprochenen sechs Millionen Steuerfranken für eine Parkieranlage im Schlossberg, in welcher ein Parkplatz rund 130000 kosten wird, ist es für uns Grüne höchste Zeit für eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik. Seit mehr als zehn Jahren warten wir auf eine Wegverbindung zwischen dem Aarequai und dem Schadaugebiet, die aber noch nie über die Stufe einer Projektidee hinausgekommen ist. Auch dass die Stadt für Velomassnahmen zwar jährlich 100000 Franken budgetiert, das Geld aber seit 2008 nicht voll ausschöpft, zeigt den mangelnden Stellenwert, der dem Langsamverkehr eingeräumt wird.

Grosser Erfolg zeichnet sich ab

Ein Umdenken ist zwingend nötig. Mit der Förderung des Fuss- und Veloverkehrs steigt auch die Lebens- und Aufenthaltsqualität. Damit

ein Umsteigen stattfindet, gilt es, das Zufussgehen und Velofahren attraktiv und sicher zu gestalten. Mit der Lancierung der Städte-Initiative wollen wir erreichen, dass die Stadt Thun die nötigen Massnahmen ergreift um den Anteil des Fuss-, Velo- und des öffentlichen Verkehrs innerhalb von zehn Jahren um zehn Prozent zu steigern. Die Palette an Massnahmen ist bekannt, doch bis anhin fehlte der Wille, diese konsequent umzusetzen. Nun ist es an der Thuner Stimmbevölkerung, ein Zeichen

zu setzen für umweltgerechtere Mobilitätsformen, weniger Lärm und Stau sowie mehr Lebensraum und Lebensqualität.

Bereits am ersten Sammeltag konnten 500 der 1600 benötigten Unterschriften gesammelt werden. Ein Riesenerfolg für das breit abgestützte Initiativkomitee, das weiterhin alles daran setzen wird, dass die Initiative in- nert Rekordzeit eingereicht werden kann.

Andrea de Meuron, Fraktionspräsidentin und Stadträtin Grüne Thun



Am ersten Sammeltag wurden in Thun bereits 500 Unterschriften – also knapp ein Drittel der nötigen Unterschriften – für die Städte-Initiative gesammelt.

LokalSpots

■ Gemeindewahlen

In verschiedenen Ortsparteien laufen die Vorbereitungen für die Gemeindewahlen auf Hochtouren. Bereits am 22. September finden in **Lyss** und **Nidau** Wahlen statt. In Lyss treten die Grünen mit Lorenz Eugster als bisherigem und fünf neuen Kandidierenden zu den Parlamentswahlen an. In Nidau wollen die Grünen den Gemeinderatssitz von Florian Hitz und die vier Sitze im Stadtrat verteidigen.

Gespannt erwarten die Grünen Kanton Bern auch das Wahlresultat in **Münsingen**: Die Chancen auf den zweiten Gemeindepräsi-

denten der Grünen im deutschsprachigen Teil des Kantons Bern (nach Michel Seiler) stehen gut. Bei den Wahlen vom 27. Oktober kann Beat Moser, ehemaliger Parlamentspräsident, auf breite Unterstützung zählen. Neben der SP und den Freien Wählern wird er auch von der SVP zur Wahl empfohlen.

In **Langnau** schliesslich treten die Grünen am 3. November erstmals mit einer eigenen Liste zu den Parlamentswahlen an. Neben den beiden bisherigen Vertreterinnen der Grünen im Grossen Gemeinderat, Bettina Dolder und Sulamith Reimann, stärken mindestens sechs weitere KandidatInnen die Liste der Grünen.

■ News aus den Ortsparteien

Wie engagieren sich die Grünen in den Gemeinden? Im September 2013 haben fünf Sektionen der Grünen Kanton Bern Sonderausgaben des *bewegt* herausgegeben. Die Zeitungen geben einen Einblick in das thematisch vielfältige Schaffen auf Gemeindeebene: Was möchten Rita Haudenschild und Maria Iannino Gerber als Gemeindepräsidentinnen von Köniz und Wohlen umsetzen? Wie engagieren sich die Grünen Nidau für eine Grüne Wirtschaft? Wie weiter mit dem Verkehrschaos im Emmental? Erfahren Sie mehr auf unserer Website: www.gruenebern.ch («Zeitschrift bewegt»).



In vielen Themenbereichen, so etwa in der Verkehrs- und Siedlungsplanung, gewinnt regionale Zusammenarbeit an Bedeutung.

Regionale Zusammenarbeit – zum Beispiel in der Regionalkonferenz Bern-Mittelland

Grün denken, regional handeln

Global denken, lokal handeln. Das bekannte Leitmotiv ist aus grüner Sicht zweifellos weiterzudenken: Gehandelt werden muss vermehrt auch regional. Zentrale Institution für die regionale Zusammenarbeit ist die Regionalkonferenz – eine Institution, die uns Grüne vermehrt kümmern sollte.



Vor sechs Jahren hat das Berner Volk die Bildung von Regionalkonferenzen ermöglicht, um die regionale Zusammenarbeit der Gemeinden «verbindlicher und demokratischer» auszugestalten. Seit bald vier Jahren arbeiten 96 Gemeinden in der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) zusammen. Sie hat eine behördenverbindliche Verkehrs- und Siedlungsplanung beschlossen, betreibt Wirtschafts- und Kultur-

förderung mit Geld aus den Gemeindekassen, kümmert sich um öV-Angebote, Langsamverkehr, Landschaft, Windkraft und Abfalldeponien und trägt zum Beispiel die Energieberatung und die Fachstelle «gggfon – gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus».

Kurz: Die Regionalkonferenz nimmt viele Gemeindeaufgaben wahr – ein Teil der Gemeindepolitik findet gewissermassen ausgelagert in ihrem Rahmen statt. Doch wird die Regionalkonferenz auch entsprechend wahrgenommen – als Aufgabengemeinschaft, der man interessiert angehört und sich auch ein bisschen zugehörig fühlt?

Ach was! Die Regionalkonferenz wird wohl erst von Insidern gebührend wahrgenommen – und auch von diesen oft nur als etwas Fremdes, Forderndes, Störendes. Das ist der erste Mangel, den es zu korrigieren gilt: Die Regio-

nalkonferenz muss bekannter gemacht, muss im Bewusstsein von Behördenmitgliedern und Bevölkerung verankert werden: als Teil der eigenen Gemeindepolitik.

Der zweite Mangel liegt im Demokratiedefizit der Regionalkonferenz: Das oberste Organ ist die Regionalversammlung, eine Konferenz der Gemeindepräsidenten, die die Exekutiven vertreten. Die Gemeindeparlamente sind gemäss Gesetz nur bei «wichtigen Vorhaben» zu konsultieren. In der Praxis passiert dies nur sehr restriktiv. Ansonsten ist der Einbezug von Parlamenten, Stimmberechtigten und Öffentlichkeit in den Gemeinden sehr verschieden – und abhängig vom Willen der Exekutiven.

Tätigkeiten kritisch begleiten

Wir Grünen sind – da mangels Gemeindepräsidenten in der Regionalversammlung nicht vertreten – von der direkten Mitwirkung ausgeschlossen. Umso wichtiger ist es, dass wir die Tätigkeit der Exekutiven in der Regionalkonferenz kritisch begleiten. Und vor allem gilt es, jede Möglichkeit zum Mitreden zu nutzen. Zum Beispiel jetzt, da die Meinungsbildung über Gemeindebeiträge an die Stadttheater-Sanierung, über Tramkonzept und Sozialkonferenz läuft. Zudem geht die Regionalkonferenz aktuell mit der Kampagne «Boden gutmachen» zu den Leuten. Eine gute Gelegenheit, die kritische Haltung zur regionalen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung zu verbreiten, die die grünen Stadt- und Regionalparteien 2010 erarbeitet haben.

Bruno Vanoni, Mitglied Gemeindeparlament Zollikofen

Stadt Bern: Abstimmung vom 22. September 2013

Ja zum Zonenplan Riedbach



Am 22. September 2013 stimmt die Stadtberner Bevölkerung über eine Zone für Wohnexperimente (Zonenplan Riedbach) ab. Alternative Wohn- und Lebensformen haben in der Stadt Bern eine lange Tradition. Trotzdem ist das Leben in Hüttenbauten und Bauwagen gemäss geltender Nutzungsordnung in der Stadt Bern heute nicht gestattet.

Das Grüne Bündnis und die Grüne Freie Liste sagen Ja zum Zonenplan Riedbach. Mit der Zone für Wohnexperimente wird eine gesetzeskonforme Grundlage für alternative Wohnformen geschaffen. Gleichzeitig ist ein Ja am 22. September auch ein Ja zu Toleranz gegenüber alternativen Lebensformen und einem friedlichen Nebeneinander.

Daniel Klauser, Stadtrat Grüne Freie Liste

Stéphanie Penher, Stadträtin Grünes Bündnis

Anna-Katharina Zenger und Jan Remund erweitern die Geschäftsleitung der Grünen Kanton Bern

Neues Vize-Präsidium

Mit Anna-Katharina Zenger und Jan Remund wurde an der Delegiertenversammlung vom 20. August ein neues, erweitertes Vize-Präsidium gewählt. Die beiden folgen auf Daphné Rüfenacht, die die Partei seit 2010 gemeinsam mit Blaise Kropf geleitet hat.

Die Grünen Kanton Bern haben ein neues Vize-Präsidium: Neu leiten Anna-Katharina Zenger und Jan Remund gemeinsam mit Blaise Kropf, Präsident der Grünen Kanton Bern, die Partei. Mit ihrer grossen Erfahrung auf Gemeindeebene und ihrem breiten Fachwissen werden Anna-Katharina Zenger und Jan Remund zu einer weiteren Stärkung der Grünen beitragen – auf kantonaler Ebene und in allen Regionen des Kantons.

Anna-Katharina Zenger ist seit 2011 Gemeinderätin in Uetendorf. Zuvor war die Sekundarlehrerin bis 2011 Präsidentin von LEBE Region Thun. «Ich freue mich, als Uetendorferin zu einer noch besseren Verankerung der Grünen Kanton Bern im ländlichen Raum beitragen zu können», sagte Anna-Katharina Zenger nach ihrer Wahl. Jan Remund ist Co-Präsident der Grünen Köniz und seit 2005 Mitglied des Gemeindeparlaments. Als Experte für solare Ressourcen und Fachbereichsleiter Sonnenenergie und Klimatologie bei Meteotest wird Jan Remund die Grünen mit seinem Fachwissen im

Bereich Energiepolitik weiter stärken. «In meinem Arbeitsalltag erlebe ich tagtäglich das Potenzial erneuerbarer Energien. Dieses will ich noch mehr in die Kantonspolitik einbringen», unterstrich Jan Remund an der Delegiertenversammlung seine Ambitionen.

Rücktritt von Daphné Rüfenacht

Daphné Rüfenacht war seit 2010 Vize-Präsidentin der Grünen Kanton Bern. Mit ihrem

breiten Wissen in den Bereichen Energie, Landwirtschaft, Landschaftsschutz und Raumplanung übernahm die 35-jährige Geografin aus Biel in den letzten Jahren eine tragende Rolle in der Geschäftsleitung der Grünen Kanton Bern. Die Grünen Kanton Bern danken Daphné Rüfenacht für ihren grossen Einsatz für die Partei und freuen sich auf die weitere Zusammenarbeit mit ihr als Grossrätin und Leiterin der Arbeitsgruppe Raumplanung.



Das neue, erweiterte Präsidium der Grünen Kanton Bern: Anna-Katharina Zenger, Blaise Kropf, Jan Remund.

Agenda

■ **07.09.2013, «Radeln mit Rita»:** Kurze Velotour entlang des Grünen Bandes mit Rita Haudenschild, der Grünen Kandidatin für das Gemeindepräsidium von Köniz. 11 – 13 Uhr, Treffpunkt Gemeindehaus Köniz.

■ **17.09.2013, Treffen für Neumitglieder und Interessierte:** Eingeladen sind alle, die sich über die Grünen Kanton Bern informieren möchten. 19 Uhr, Sekretariat Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, 2. Stock, Bern.

■ **17.09.2013, Streitgespräch zwischen Blaise Kropf (Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat) und Adrian Haas (Grossrat FDP):** Der Kanton Bern schnürt das grösste Sparpaket aller Zeiten. Der Leistungsabbau trifft zu einem überproportionalen Anteil sozial schlechter gestellte Bevölkerungskreise. Wie ist es dazu gekommen? Welche Folgen haben die Massnahmen für die Bevölkerung? Was bedeutet der Abbau für den sozialen und regionalen Zusammenhalt im Kanton Bern? Und welche Lehren ziehen wir für die Zukunft? Diese und weitere Fra-

gen diskutieren Adrian Haas (Grossrat FDP, Handels- und Industrieverein Kanton Bern) und Blaise Kropf (Grossrat, Präsident Grüne Kanton Bern). 20 Uhr, Politforum Käfigturm, Marktgasse 67, 2. Stock, Bern.

■ **20.09.2013, «Stadt ernähren» – Tagung für nachhaltige Ernährungsstrategien:** Industrialisierung und Globalisierung haben Produktion und Konsum von Lebensmitteln getrennt: Die KonsumentInnen wissen nicht mehr, was sie wirklich essen, und die ProduzentInnen kämpfen um ihre Existenz im globalen Markt. Städtische Ernährungsstrategien stellen die gekappten Verbindungen in der Ernährungskette wieder her und beziehen Zivilgesellschaft, Behörden und Politik ein. Kriterien wie Gesundheit, Vielfalt und Transparenz eröffnen neben bewusstem Konsum neue Handlungsmöglichkeiten, z.B. urbane Landwirtschaft, regionale Vertragslandwirtschaft und Gemeinschaftsgärten. Wie ernähren wir in Zukunft unsere Stadt? Die Diskussion darüber wird mit dieser Ta-

gung eröffnet. 9 – 18 Uhr, Wytttenbachhaus – Rosiusstrasse 1, Biel/Bienne. Mehr Informationen: www.gruene-biel.ch. Anmeldung: info@vision2035.ch. Tagungsbeitrag 75 Franken (reduzierter Beitrag 55 Franken); inklusive Mittagessen.

■ **12.10.2013, Mostaktion:** Die traditionelle Herbstaktion der GFL Zollikofen – Süssmost frisch ab Presse. 9 – 15 Uhr, Zollikofen (Ort noch offen). Mehr Informationen: www.gfl-zollikofen.ch.

■ **15.10.2013, öffentliche Veranstaltung mit Regierungsrat Bernhard Pulver:** «Kultur betrifft uns alle». Kultur ist vielfältig und hat eine starke Ausstrahlung und Anziehungskraft. Und sie lässt sich nicht an (Gemeinde-)grenzen festhalten. Informations- und Diskussionsveranstaltung. 20.15 Uhr, Kipferhaus, Dorfstrasse 9, Hinterkappelen.

■ **26.10.2013, Solidaritätslauf für Sans-Papiers:** 13.30 – 19 Uhr, Münsterplatz, Bern. Rahmenprogramm mit Musik. Mehr Informationen: www.solidaritaetslauf.ch.

Nein zu Sonntags- und Nachtarbeit



Der Sonntag ist anders. Alle sieben Tage freiere Luft zum Atmen. Ausschlafen. Brunchen.

Zusammen etwas unternehmen. Alleinsein. Zur Kirche gehen. Erzählen. Sport. Besuchen. Draussen sein. Lieben. Familienfeier. Spielen. Möglichst alle Leute sollen Sonntag haben können. Gemeinsam. Nun haben die eidgenössischen Räte im Arbeitsgesetz neu beschlossen, dass «in Tankstellenshops, deren Waren- und Dienstleistungsangebot in erster Linie auf die Bedürfnisse der Reisenden ausgerichtet ist, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sonntags und in der Nacht beschäftigt werden» dürfen.

Naja, denke ich zuerst, nicht weiter schlimm. Aber: «Sonntags und in der Nacht beschäftigt». Ohne «wenn». Das ist doch schlecht. Sonntagsarbeit kann das Gemeinschaftliche des Sonntags zerstören. Kann das Symbol Sonntag zerstören. Nachtarbeit kann die Gesundheit zerstören. Vielleicht ist das ein Schrittlchen auf dem Weg zu immer mehr Nachtarbeit und Sonntagsarbeit. Das will ich nicht. Gut, dass es die Allianz «Freier Sonntag Schweiz» gibt. Mit Gewerkschaften, Angestelltenverbänden, Kirchen, linken Parteien – auch mit uns Grünen. Dank ihrem Referendum stimmen wir am 22. September über die Änderung des Arbeitsgesetzes ab. «Sonntags und in der Nacht beschäftigt?» Neinnein!

Conradin Konzetti, GFL Bern, Pfarrer

Eidgenössische Abstimmungen vom 22. September 2013

Wehrpflicht ade

Am 22. September 2013 stimmen wir über die Volksinitiative zur Aufhebung der Wehrpflicht ab. Die Schweiz hat im Verhältnis zur Bevölkerungszahl mit Abstand die grösste Armee in ganz Europa. Mit einem Ja zur Initiative bekennen wir uns zu einer veränderungsoffenen Gesellschaft.



Die Schweiz ist sicher, der Schweiz geht es gut. Trotzdem ist der Ruf nach einer grossen und starken Armee immer wieder auf dem politischen Parkett.

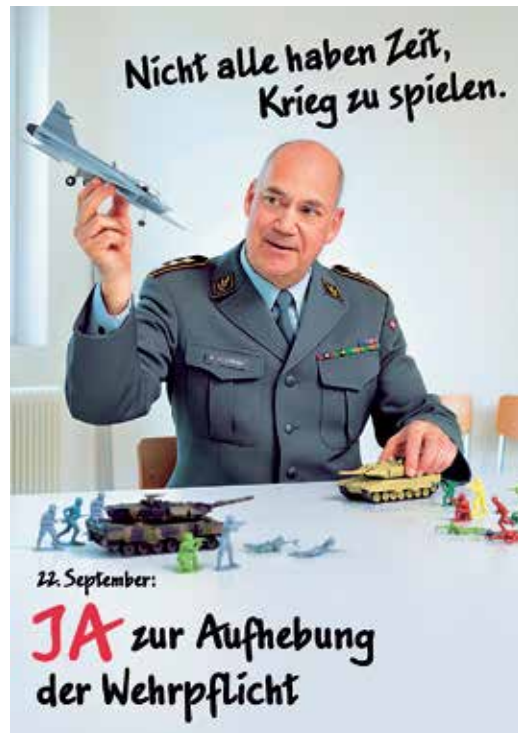
Die Schweizer Armee besteht heute aus 200 000 Soldaten. Somit hat die Schweiz im Verhältnis zur Bevölkerungszahl mit Abstand die grösste Armee in ganz Europa. Die Wehrpflicht ist jedoch veraltet. Die Gesellschaft verändert sich – so sollte sich auch die Armee verändern.

Die Armee verursacht jedes Jahr ca. 4,5 Mrd. Franken direkte Kosten, bezahlt durch uns SteuerzahlerInnen. Weitere Forderungen aus dem VBS stehen im Raum, zum Beispiel der Kauf des Kampfjets Gripen. Rechnen wir die Dienstage hoch, welche Männer leisten, kommen wir auf ca. 6,5 Millionen Dienstage. Damit entstehen durch die Armee rund 4 Mrd. Franken indirekte Kosten, die der Volkswirtschaft entgehen. Die Schweiz leistet sich so eine der teuersten Armeen der Welt.

Im momentanen Schweizer Sparrasch könnten diese Gelder fraglos sinnvoller eingesetzt werden: Statt bei der Bildung ist bei der Armee zu sparen. Mit der Aufhebung der Wehrpflicht würde die Armee deutlich günstiger.

Teuer und nicht zeitgemäss

Die Wehrpflicht ist nur noch ein Mythos. Bereits heute leisten nur jene Männer ihren Militärdienst vollständig, die wirklich wollen: Nur noch knapp 30 Prozent leisten den ganzen Militärdienst. Alle anderen gelten als «untauglich», verschieben ihre WKs bis zur Ausmusterung oder leisten Zivildienst. Der Aufwand dafür ist jedoch grösser und teurer, als wenn gewählt werden könnte, welche Form von Dienst man bevorzugt.



Mit Annahme der Initiative kann niemand mehr zum Militärdienst gezwungen werden. Jede Schweizerin, jeder Schweizer kann selber entscheiden, ob sie oder er Dienst leisten will. Eine freiwillige Milizarmee wird jedoch auch mit Annahme der Initiative möglich sein, der Zivildienst wird weiterhin auf freiwilliger Basis für alle offen stehen.

Stehen wir also ein für eine veränderungsoffene Gesellschaft und sagen wir Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht.

Aline Trede, Nationalrätin Grüne

Parolen

■ National

Die Delegiertenversammlung der Grünen Kanton Bern vom 20. August hat folgende Parolen beschlossen:

- Ja zur Volksinitiative «Aufhebung der Wehrpflicht»
- Ja zum Epidemengesetz
- Nein zur Änderung des Arbeitsgesetzes («Tankstellen-Shops»)

■ Kanton Bern

Am 22. September 2013 finden keine kantonalen Abstimmungen statt.

■ Stadt Bern

Die Grüne Freie Liste und das Grüne Bündnis empfehlen den Zonenplan Riedbach zur Annahme.

Impressum

Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, PF 1066, 3000 Bern 23

Erscheint vier Mal jährlich für Mitglieder und Sympathisierende der Grünen Kanton Bern.

Redaktion: Regula Tschanz

Gestaltung: www.muellerluetolf.ch

Foto S. 1: Oliver Brunner, pixelio.de

Foto S. 2: Manu Friederich

Fotos S. 4 und 7: Fabian Lütolf

Foto S. 6: www.tramregionbern.ch

Foto S. 8: Oliver Gemperle

Druck: Bubenberg Druck, Bern

Auflage: 7900

Redaktionsschluss Nr. 29: 06.10.2013

sekretariat@gruenebern.ch

Tel. 031 311 87 01, PC-Konto: 60-791966-7